

Editorial

Konturen einer wirtschaftspolitischen Heterodoxie von rechts

Joachim Becker

Karl Polanyi arbeitet in seiner Studie zur „großen Transformation“ heraus, dass beim unausweichlichen Zerfall des Goldstandards, der die nationalen Handlungsspielräume stark beschränkte und einen systematischen Druck auf die Löhne ausgeübt hatte, in den 1930er Jahren zwei Alternativen zum liberalen Kapitalismus bereitgestanden hätten: eine linke, sozialistische Alternative und der antidemokratische Faschismus (Polanyi 1990: 3. Teil, vgl. auch Brie 2015: 45 ff.). Er betont, dass linksorientierte, demokratische Regierungen in der Zwischenkriegszeit immer wieder daran gescheitert seien, mit dem rigiden Währungssystem zu brechen bzw. den internationalen Kapitalverkehr ausreichend stark zu beschränken (Polanyi 1990: 302 ff.). In der damals zeitgenössischen Debatte war von der „Mauer des Geldes“ (Morin 2006: 15) die Rede, an der linke Alternativansätze scheiterten. Vom Euro gehen – regional beschränkt – ähnliche Handlungsbeschränkungen für eine progressive Wirtschaftspolitik aus wie seiner Zeit vom Goldstandard. VertreterInnen der „Europäischen Dependenzschule“ hatten bereits vor mehr als drei Jahrzehnten auf die negativen Parallelen zwischen dem Goldstandard und dem Europäischen Währungssystem als Vorläufermodell des Euro hingewiesen (vgl. Weissenbacher 2015).

Der Euro steht in der derzeitigen großen Krise unter ähnlich starkem Druck wie der Goldstandard in den 1930er Jahren. Die griechische Linksregierung hat im Konflikt mit den anderen Staaten der Eurozone im Juli 2015 eine strategische Niederlage erlitten, in deren Zentrum das Geld- und Währungssystem stand. Sie wurde von den Regierungen der Eurozone unter deutscher Führung vor die Alternative gestellt, eine Fortsetzung der extremen neo-liberalen Austeritäts- und Strukturanpassungspolitik zu akzeptieren oder die Eurozone zu verlassen. Sie optierte mehrheitlich für den Verbleib in der Eurozone. Wie der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis in einem Interview mit dem New Statesman erklärte, hatte die Syriza-geführte Regierung zwar eine kleine Arbeitsgruppe zur Option eines Austritts aus der Eurozone geschaffen, während der immer konfrontativeren Verhandlungen aber keine praktischen Vorbereitungen in diese Richtung vorgenommen (Lambert 2015). Damit fehlten ihr bei der Zuspitzung des Konfliktes die alternativen Handlungsoptionen. Die strategische Niederlage für Syriza schwächt auch andere Linksparteien, wie die Linke in Deutschland oder Podemos in Spanien, die bislang auf Alternativen innerhalb der Eurozone gesetzt hatten. Gestärkt ist hingegen die nationalistische Rechte in der EU – von der Lega Nord bis zum Front National – als Alternative zum Euro-Liberalismus. Diese stellt vielfach die Ablehnung des Euro oder zumindest eine Kritik der jetzigen Form der Euro-Zone in das Zentrum ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik. Und sie bietet für den Konflikt zwischen der Syriza-Regierung und den EU-Institutionen keine Interpretation als Auseinandersetzung unterschiedlicher wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Konzeptionen oder zwischen demokratischem Mandat (der Syriza-Regierung) und autoritär-liberalen Konzeption der Gläubiger, sondern eine Deutung des Kampfes eines bedrängten Nationalstaates gegen die EU an (Becker 2015).

Das Spektrum der nationalistischen Rechten

Die heutige nationalistische Rechte ist nicht einfach eine Neuauflage der faschistischen Rechten der Zwischenkriegszeit, obgleich in der sozialen Basis des historischen Faschismus und der heutigen nationalistischen Rechten durchaus Parallelen zu finden sind. Die faschistische Rechte war offen anti-demokratisch und anti-parlamentarisch. Wenngleich sich die heutige nationalistische Rechte mit beißender Verachtung gegenüber der etablierten „politische Klasse“ (Bischoff et al. 2015:12) äußert, tritt sie überwiegend nicht offen anti-parlamentarisch auf. Allerdings tendiert sie oftmals dazu, Demokratie auf den Wahllakt zu verkürzen. Die nationalistische Rechte umfasst unterschiedliche Strömungen – und ist durchaus in einem Kontinuum mit regierenden liberal-konservativen Kräften zu sehen. Die Überschneidung mit dem etablierten liberal-konservativen Lager bestehen vor allem in Bezügen auf neo-liberale Politikansätze, die in der Zwischenkriegszeit als liberal-autoritäre Antworten auf die damalige Krise entstanden (vgl. Oberndorfer 2012). Die damaligen neo-liberalen Intellektuellen wie Mises oder Hayek verstanden sich allerdings nicht als Nationalisten. Die Innovation der heutigen nationalistischen Rechten ist, den Neo-Liberalismus in eine nationalistisch unterlegte Konkurrenzideologie einzubetten und zunehmend mit nationalkonservativen und heterodoxen Konzepten zu kombinieren. Bei einem Teil der Parteien der autoritären Rechte haben bewusste staatliche Eingriffe zugunsten bestimmter „nationaler“ Interessengruppen deutlich an Stellenwert gewonnen und neo-liberale Konzepte in den Hintergrund treten lassen. Dies ist einerseits eine Strategie zur Erweiterung der sozialen Basis, andererseits eine Reaktion auf die Krisendynamik. Flexibel war in dieser Hinsicht im Übrigen auch der historische Faschismus. So ging das faschistische Regime in Italien nach 1929 von einer liberalen zu einer ausgeprägt etatistischen Wirtschaftspolitik über (vgl. Grifone 1980 und allgemeiner Villari 1980: 123 ff.).

Gemeinsam ist den heutigen Kräften rechts der traditionellen Christdemokratie eine starke nationalistische Orientierung (Hillebrand 2015: 9). In zahlreichen Fällen ist diese Orientierung bis hin zum offenen Rassismus, der in den westeuropäischen Ländern in den letzten Jahren vor allem einen aggressiv anti-muslimischen Charakter angenommen hat, radikalisiert. Das Spektrum der nationalistischen Rechten reicht bis hin zu faschistischen Positionen, wie beispielsweise bei der ungarischen Jobbik oder der griechischen Chrysi Avgi. Teils werden diese Formationen nach dem Grad ihres Nationalismus bzw. Rassismus klassifiziert (z.B. Bischoff et al. 2015: 22 ff.). Eine andere Art der Klassifizierung könnte sich auf das Ausmaß national-neoliberaler, nationalkonservativer, rassistischer und ggf. auch faschistischer Elemente beziehen.

Tatsächlich stellen neo-liberale und nationalkonservative Elemente die zentralen Bezüge für die ideologische Orientierung der Parteien dar. Das Spektrum reicht von eher nationalistisch-neoliberalen Formationen (wie die Občanská demokratická strana in der Tschechischen Republik oder in ihren Anfängen die Alternative für Deutschland), über eher nationalkonservative Parteien wie die polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS) sowie mit stärkeren neo-liberalen Einschlägen Fidesz, Mischungen national-neoliberaler und nationalkonservativer Positionen mit starker Agitation gegen MigrantInnen (FPÖ, Lega Nord, Front National) bis hin zu faschistischen Gruppierungen. Einige Parteien sind gesellschaftspolitisch sehr auf überkommene Geschlechterrollen orientiert, dieses Kennzeichen gilt aber nicht für alle Formationen der nationalistischen Rechten. So ist die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) in Fragen wie Abtreibungsrecht und gleichgeschlechtliche Ehe „geradezu libertär“ (Vossen 2015: 52) – und hebt diese als west-

liche Errungenschaft gegen den vermeintlich rückständigen Islam als Abgrenzung hervor. Wirtschaftspolitisch kombinieren sie konventionelle Mainstream- und neo-liberale Ansätze mit einigen heterodoxen Vorschlägen, wobei diese Kombinationen eine erhebliche Bandbreite zwischen den verschiedenen Parteien ergeben. Sozialpolitisch ist eine starke Orientierung auf eine „nationale Präferenz“ und eine ausschließende Form der Sozialstaatlichkeit erkennbar (vgl. Caldiron 2009: 51 ff., 156 ff.). Die nationalistische Rechte präsentiert sich als eine „soziale Rechte“ (Caldiron 2009). Die Übergänge zur etablierten Mainstream-Rechten sind fließend. In mehreren EU-Ländern – wie Dänemark und Finnland – ist die nationalistische Rechte derzeit – entweder über eine direkte Regierungs-beteiligung oder über eine Tolerierung – Teil des Regierungsbogens. Ein spezieller Fall ist Griechenland, wo die linke Syriza und die nationalkonservative ANEL eine Allianz gegen die Austeritätspolitik gebildet haben. In Ungarn regiert die nationalkonservativ-neoliberalen Fidesz mit absoluter Mehrheit und ist, bei allen Spannungen mit dem EU-Establishment, Teil der christdemokratischen Europäischen Volkspartei. In Europa jenseits der EU regieren nationalkonservativ-neoliberale Formationen in Russland, in der Ukraine, in der Türkei, in Serbien und in Mazedonien. In der Vergangenheit waren die FPÖ in Österreich und die Lega Nord in Italien bereits Teil von Koalitionsregierungen auf nationaler Ebene und sind derzeit auf regionaler Ebene an Regierungen beteiligt. Insofern ist die nationalistische Rechte bereits eine etablierte politische Kraft. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihren wirtschaftspolitischen Konzepten und, sofern bereits gegeben, auch ihrer wirtschaftspolitischen Praxis ist überfällig. Erfolgen soll dies hier anhand von drei Fällen: der wirtschaftspolitischen Praxis von Fidesz sowie der wirtschaftspolitischen Programmatik des Front National und der Lega Nord, den beiden wohl wichtigsten Formationen der nationalistischen Rechten in Westeuropa. Der ökonomische Kontext der drei betroffenen Ökonomien unterscheidet sich in wichtigen Punkten: Italien und Frankreich haben seit Einführung des Euro eine starke De-Industrialisierung durchlaufen, Ungarn ist aufgrund der hohen Fremdwährungsverschuldung stark durch eine Finanzkrise getroffen worden, während sich die Exportindustrie relativ gut gehalten hat.

Wirtschaftspolitische Heterodoxien von rechts ...

In den wirtschaftspolitischen Konzeptionen der nationalistischen Rechten ist vielfach, wenn auch nicht durchgängig, in den letzten Jahren – und zwar schon deutlich vor Beginn der großen Krise – die Inkorporierung heterodoxer, etatistischer Elemente und die zunehmende Akzeptanz bzw. Forcierung ausgewählter ökonomischer und sozialer Schutzmechanismen in die wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik zu erkennen (vgl. z.B. Caldiron 2009, Bischoff et al. 2015: 70 ff., 111 ff., Meret 2015: 20 ff., Juhász et al. 2015). Dies ließe sich, im Anschluss an Polanyi, als autoritäre Einbettung von Marktgesellschaften interpretieren. Diese Tendenz ist auch bei Front National, Lega Nord und Fidesz zu beobachten. Die selektive Übernahme heterodoxer Elemente in eine rechte Wirtschaftspolitik ist einerseits im Streben nach einer Ausweitung der sozialen Basis und andererseits in der Bearbeitung spezifischer Krisenphänomene der jeweiligen nationalen Ökonomien begründet.

Wie stark die jeweilige Stellung in der europäischen Arbeitsteilung und die jeweiligen ökonomischen Entwicklungsmodelle die wirtschaftspolitische Programmatik prägen, wird in der Frage der Währungspolitik sehr deutlich. In den beiden stark von der De-Industrialisierung betroffenen Ländern Frankreich und Italien treten Front National und Lega Nord scharf gegen den Euro auf. Die Lega Nord hat dies sogar zu einem ihrer poli-

tischen Kampagnen-Schwerpunkte gemacht. In einer Broschüre zum Euro hebt die Lega Nord hervor, dass der Euro für Italien überbewertet sei und der italienischen Industrie schade. Italien sei in der Euro-Zone in einer Lage wie Süditalien im Italien der Lira-Zeiten, allerdings ohne entsprechende kompensierende Transferzahlungen (Borghi Aquilini 2014: 16). Den Austritt aus der Euro-Zone mit der Möglichkeit einer autonomen Wechselkurspolitik sieht die Lega Nord als eine zentrale Voraussetzung zur Überwindung der Krise (ibid.: 3). Für die Lega Nord würde ein Austritt aus der Euro-Zone allerdings nicht per se alle Probleme lösen, sie will diese Option durch industrie- und investitionspolitische Maßnahmen flankieren (vgl. den Beitrag von Weissenbacher). Derartige Maßnahmen werden auch von der Front National, wenn auch weniger dezidiert, gefordert (vgl. den Beitrag von Tarrit).

In den beiden neo-merkantilistischen Ländern Deutschland und Österreich mit ihren bislang relativ krisenresilienten Industriesektoren nimmt die rechtsnationalistische Euro-Kritik hingegen eine andere Form an. Hier geht es primär um die Schaffung einer Kern-Euro-Zone aus den Ländern mit hohen Exportüberschüssen. So lautet eine Forderung aus der europapolitischen Programmatik der FPÖ: „Bei Nichtstabilisierung des Euro rasche Restrukturierung der Eurozone durch Austritt der schwachen Volkswirtschaften und Reduzierung auf wirtschaftlich ähnlich starke Volkswirtschaften.“ (FPÖ o.J.) Eine ähnliche Ausrichtung wurde in der Alternative für Deutschland (AfD) durch deren in ihren Anfängen dominanten national-neoliberalen Flügel forciert. Die Partei war sogar aus der Kritik an den Kreditprogrammen für die südeuropäischen Eurostaaten entstanden (vgl. Friedrich 2015: 20 ff., 53 ff.). Bei der AfD ist der Glaube, der freie Wechselkurs und die Marktkräfte würden die Dinge dann schon richten, deutlich stärker ausgeprägt als bei der Lega Nord. Wie Friedrich (2015: 89 ff.) hervorhebt, fand diese Ausrichtung auf Unternehmensseite primär bei den vornehmlich regional und lokal ausgerichteten Familienunternehmen Resonanz. Im Juli 2015 hat sich die AfD allerdings in eine nationalkonservative Mehrheit und eine neugegründete national-neoliberale Formation, die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA), gespalten. In wie weit die nationalkonservative AfD-Mehrheit die Gründungsthematik der Euro-Kritik weiter forcieren wird, ist fraglich.

Fidesz und PiS haben sich gegen einen (raschen) Beitritt Ungarns bzw. Polens zur Euro-Zone positioniert. Ähnliches gilt auch für die tschechische ODS. Die mit der Währungspolitik verbundene Kernproblematik, mit der sich Fidesz in seiner Regierungszeit seit 2010 auseinandergesetzt hat, betrifft allerdings die Fremdwährungskredite. Diese waren – ungehindert durch die ungarischen Regierungen (darunter von 1998 bis 2002 auch eine Fidesz-Regierung) – durch die in ausländischem Eigentum stehenden Banken stark forciert worden. Als mit Beginn der großen Krise der Forint deutlich an Wert verlor, geriet die verschuldete ungarische Mittelschicht in große Bedrängnis. Das galt insbesondere für SchuldnerInnen von Krediten in Schweizer Franken. Die damalige sozialliberale Regierung ging das Problem nicht an, sondern setzte auf ein mit EU und IWF vereinbartes Austeritätsprogramm zur Stabilisierung des Wechselkurses. Die Fidesz-Regierung, welche die (obere) Mittelschicht als den Kern ihrer sozialen Basis sieht, erzwang schrittweise die Konversion der Fremdwährungskredite zu für die SchuldnerInnen relativ günstigen Wechselkursen und zwang die Banken somit, einen Teil der Folgekosten ihrer Kreditpolitik zu schultern (siehe Becker in diesem Heft). Eine ähnliche Politik ist inzwischen auch in Polen, wo die Problematik allerdings nicht so scharf ausgeprägt ist, in der Diskussion. Die nationalkonservative PiS sieht den ungarischen Umgang mit den Franken-Krediten als ein Vorbild für Polen (Grochal/Szpala 2015: 19).

In der Türkei ist hingegen für die AKP-Regierung die Stabilisierung des überbewerteten Wechselkurses eine der Hauptprioritäten (Ataç 2013: 160 f.). Sie wird als essenziell für den weiteren Zufluss von Auslandskapital angesehen, der ein strategisch auf Immobilien- und Bauwirtschaft sowie auch Binnenkonsum gegründetes Akkumulationsmodell alimentiert (vgl. Sönmez 2015: 28 ff., 104 ff.). Die Fremdwährungsschulden, gerade auch des Unternehmenssektors, sind in der Türkei substanziell. Eine starke Abwertung hätte mit hin signifikante Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Dynamik und würde bestimmte Wirtschaftsgruppen empfindlich treffen. Gleichzeitig schränkt die Orientierung auf die Wechselkursstabilisierung die geldpolitischen Spielräume, speziell für zinspolitische Stimulierungsmaßnahmen ein. Die Zinspolitik hat in der türkischen Regierung zu offenen Kontroversen geführt. In den wirtschaftspolitischen Debatten, auch im Hinblick auf die Wechselkurs- und Geldpolitik, spielen industrielle Interessen in der Türkei durchaus eine Rolle. Die türkische Regierung setzt in der Industriepolitik Akzente – einschließlich solchen mit unkonventioneller Ausrichtung, wie der Förderung von Importsubstitution bei Zwischenprodukten, bei denen die Importabhängigkeit sehr hoch ist (vgl. Akçay 2012). Allerdings gilt auch für die türkische Industriepolitik die Priorität der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Ergünes 2012: 104 f.). In Serbien genießt die relative Wechselkursstabilisierung – angesichts eines substanziellen Anteils von Fremdwährungskrediten – ebenfalls eine sehr hohe Priorität (vgl. Becker 2014: 263 f.). Im Gegensatz zur Türkei gibt es im stark de-industrialisierten Serbien keine industriepolitischen Maßnahmen und zum Hoffnungsträger werden höchst umstrittene große Immobilienprojekte, vor allem in Belgrad, gemacht (Vilenica et al. 2015).

... in Verbindung mit Orthodoxie und sozialem Ausschluss

Träger des Entwicklungsprozesses ist aus Sicht der nationalistischen Rechten das Kapital. Ein Teil dieser Rechtsparteien, wie der Front National, die Lega Nord oder auch Fidesz, betonen speziell das „nationale“ Kapital bzw. einheimische Klein- und Mittelbetriebe (vgl. die Beiträge von Tarrit, Weissenbacher und Becker in diesem Debattenteil). Der Akzent auf dem Industriekapital scheint hierbei eher bei einem Teil der nationalistischen Rechten im Zentrum (Italien, Frankreich) als in der Semi-Peripherie von Ungarn bis zur Türkei gesetzt zu werden. So baut die Fidesz-Regierung systematisch die Rolle einheimischen Kapitals in Dienstleistungssektoren aus und stimuliert die einheimische Bauwirtschaft, während sie in der industriellen Exportproduktion auf ausländische Direktinvestitionen zielt und in diesem Bereich Auslandsunternehmen hohe Anreize setzt. Tóth (2014) kennzeichnet diese Politik daher als „selektiven Wirtschaftsnationalismus“. Die AKP-Regierung öffnete die türkische Ökonomie weiter für Auslandskapital und privatisierte radikaler als jede vorherige türkische Regierung. Bei der Privatisierungspolitik kam nicht nur ausländisches Kapital, sondern gerade auch im Bereich der Infrastruktur einheimisches Kapital zum Zuge (vgl. Sönmez 2015: 145 ff.). Auch in der Ausschreibungspolitik achtete sie – schon zuvor – darauf, dass einheimisches Kapital gut zum Zuge kommen kann (Ercan/Oguz 2006).

Bezogen auf die Produktionsbedingungen fordern bzw. implementieren Parteien der nationalistischen Rechten teilweise Maßnahmen, die speziell auf konkurrenzschwächere, teils auch stärker arbeitsintensiv produzierende einheimische Firmen abgestellt sind. Das betrifft z.T. auch den Bildungssektor. So erwähnt Tarrit in seinem Beitrag zum Front National dessen Forderung nach einem Ausbau der beruflichen Bildung. Die jüngste Bildungs-

reform der AKP-Regierung ist ebenfalls, u.a durch eine Forcierung der Berufsbildungszweiges, speziell auf die Qualifikationsanforderungen der Unternehmen ausgerichtet (vgl. Şimşek 2013: 132 ff.). Die nationalistische Rechte tut sich vielfach, wenn auch nicht durchgängig (eine gewisse Ausnahme ist bspw. die polnische PiS) durch gewerkschaftsfeindliche Positionen hervor. So wurden ArbeitnehmerInnenrechte, speziell der Kündigungsschutz, in Ungarn deutlich abgebaut. In Serbien hat die nationalneoliberal-konservative Regierung gegen die Gewerkschaften und unter Umgehung der Mechanismen des sozialen Dialogs im Juli 2014 ein Gesetz zur Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse durchgepeitscht (Kanzleiter 2014). In der Türkei verfolgt die AKP ebenfalls eine sehr restriktive Politik gegenüber den Gewerkschaften (vgl. Dinler 2013).

Diese Orientierungen setzen sich in der Sozialpolitik fort. Hier lassen sich bei der nationalistischen Rechten zwei Haupttendenzen erkennen: die Etablierung eines extrem restriktiven Workfare-Regimes und, vor allem in Westeuropa, die Forderung nach einer „nationalen Präferenz“ in der Sozial- und Beschäftigungspolitik. Die Fidesz-Regierung ist Schrittmacher bei der Etablierung eines Workfare-Regimes, das sich unter anderem durch eine Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld von 9 auf 3 Monate, die Beendigung der Frühpensionen und „Pflichtarbeit für Arbeitslose“ (Tóth 2014: 220) auszeichnet. Von dieser Arbeitspflicht sind faktisch besonders stark Roma betroffen, da diese im kapitalistischen Ungarn gesellschaftlich an den Rand gedrängt worden sind und oftmals dauerhaft arbeitslos sind. Vorreiter einer „nationalen Präferenz“ (nicht nur) in der Sozialpolitik ist der Front National (Caldiron 2009: 51 f.). Die nationalistische Rechte verfolgt mithin eine Politik des sozialen Ausschlusses gegen sozial besonders verwundbare Gruppen wie Langzeitarbeitslose, diskriminierte ethnische Minderheiten und MigrantInnen. Diese Gruppen werden durch die nationalistische Rechte auch gezielt stigmatisiert.

Passend zur ausgrenzenden und eingeschränkten Sozialpolitik sind die tendenziell regressiv wirkenden Besteuerungsvorstellungen der nationalistischen Rechten. So führte Fidesz eine Flat Tax von nur 16% bei der Einkommensteuer ein, welche die BezieherInnen hoher Einkommen stark begünstigt. Der Vorschlag einer Flat Tax findet sich auch bei der Lega Nord in der wirtschaftspolitischen Programmatik, wie Weissenbacher in seinem Beitrag aufzeigt. Vereinzelt gibt es auch heterodoxe steuerpolitische Maßnahmen, wie Sondersteuern in hochgradig konzentrierten und weit überwiegend in ausländischem Eigentum befindlichen Dienstleistungssektoren in Ungarn (Tóth 2014: 220). Die polnische PiS lässt sich in ihrem Wirtschaftsprogramm von diesem Element der Fidesz-Steuerpolitik (allerdings nicht von der Flat Tax) inspirieren (Grochal/Szpala 2015: 19). Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der nationalistischen Rechten sind von der Idee der Schaffung nationaler Wettbewerbsgemeinschaften inspiriert.

Die soziale Basis der nationalistischen Rechten

In der regionalen und klassenmäßigen Basis lassen die Parteien der nationalistischen Rechten deutliche Variationen erkennen. So ist die Lega Nord vor allem im wohlhabenden Norden Italiens vertreten, der Front National hat eher in ländlich-kleinstädtischen Regionen seine WählerInnenbasis, während PiS vor allem in den ärmeren Regionen Polen seine Hochburg aufweist. Während sich vielfach ein maskuliner Überhang bei den WählerInnen der nationalistischen Rechten finden lässt, so zeigen sich zwischen eher national-neoliberalen oder stärker nationalkonservativ geprägten Formationen gewisse Unterschiede. Bürgertum und gehobene Mittelschicht stellen den Kern der WählerInnen-

schaft eher national-neoliberale geprägter Parteien, wie der tschechischen ODS (Linek/Lyons 2013: 108 ff.) oder in ihren Anfängen der Alternative für Deutschland (Friedrich 2015: 72 ff.). Jene Formationen, die als „soziale Rechte“ (Caldiron 2006) präsentieren, haben hingegen in der Regel eine breitere soziale Basis, speziell auch unter den unteren Mittelschichten und in Teilen der ArbeiterInnenschaft (vgl. Bischoff et al. 2015: 32 ff., Guilluy 2015: 108). Auffällig ist, dass Jobbik als faschistische Formation, wie Roháč (2015: 22) aufzeigt, bei den jungen WählerInnen und Studierenden die Nr. 1 unter den ungarischen Parteien ist. Die soziale Basis der nationalistischen Rechten ist oftmals, wie Amable und Palombarini (2015: 21 f.) am Beispiel des Front National aufzeigen, heterogen. Allerdings sind, entgegen einer weitverbreiteten Auffassung, die „classes populaires“ (eine wenig schöne Übersetzung ins Deutsche, die den affirmativen Charakter des französischen Begriffes verliert, hierfür wäre untere Klassen) nicht besonders empfänglich für die Botschaft der nationalistischen Rechten. Ihre Hauptreaktion auf eine fehlende politische Repräsentation sind Abkehr vom politischen System und Wahlenthaltung (Bischoff et al. 2015: 34). Die vor allem innerhalb der Mittelschichten verlaufende Bruchlinie zwischen der Wählerschaft von Mitte-Links-Parteien und der nationalistischen Rechten wird von einem Teil der sozialdemokratischen Intellektuellen primär „soziokulturell“ (Hillebrand 2015: 9) gedeutet: „Die besser Gebildeten sind kosmopolitischer und universalistischer, während die weniger Gebildeten tendenziell nationalistischere und partikularistischere Auffassungen vertreten.“ (Cuperus 2015: 151). Diese Bruchlinie könnte allerdings auch materialistisch und im Hinblick auf auseinander laufende Interessen im Hinblick auf die Liberalisierung von Handels- und Kapitalströmen und Migration zwischen einer eher internationalisierten Mittelschicht und durch die Außenöffnung negativ betroffene Mittelschichtsangehörige und ArbeiterInnen erklärt werden. So verweist Guilluy (2014: 114) darauf, dass die französischen EmigrantInnen sich eher aus höher Gebildeten rekrutieren. Die Haltung gegenüber MigrantInnen scheint sowohl bei der internationalisierten Mittelschicht als auch bei Teilen der unteren Mittelschicht und Arbeiterschaft als Ausdruck der sozialen Abgrenzung nach unten – wenn auch unter entgegen gesetzten Vorzeichen – funktionalisiert zu werden. Über ihre offene Haltung zur Migration grenzt sich ein Teil der (oberen) Mittelschicht von der unteren Mittelschicht und ArbeiterInnen ab, diese wiederum favorisieren zu einem relevanten Teil ein restriktives Migrationsregime gegen potentielle KonkurrentInnen. Diese Frage verweist auf das Problem eines Bündnisses von Mittelschichten und „classes populaires“. Sowohl bei den Mitte-Links-Parteien als auch bei der nationalistischen Rechten sind spezifische Teile der Mittel- und Unterschichten in ein Bündnis mit dem Bürgertum integriert. Sowohl im Hinblick auf die soziale Basis wie auch die Programmatik ist es verfehlt, wie Amable und Palombarini (2015) dies tun, den Front National als „anti-bürgerlichen Block“ zu charakterisieren. Der Front National ist explizit auf bestimmte Fraktionen des Bürgertums orientiert.

Aufstieg der nationalistischen Rechten und die Schwäche der Linken

Die Politik der Regierung Hollande interpretieren Amable und Palombarini (2015) zumindest implizit als auf der Linie eines „bürgerlichen Blocks“ liegend. Tatsächlich sind Mitte-Links-Parteien in den letzten drei bis vier Jahrzehnten immer stärker auf eine Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung, einschließlich Außenöffnung und einer zunehmend neo-liberal ausgerichteten Integrationspolitik der EU, eingeschwenkt. Die österreichische Sozialdemokratie versucht immerhin, sozialpolitische Standards zu halten,

während die deutsche und britische Sozialdemokratie unter den Regierungen Schröder und Blair den Abbau von Sozialstaatlichkeit aktiv als vermeintliche Modernisierungspolitik vorangetrieben haben. Aktuell gehört der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen zu den Kernagenden der Regierungen Hollande in Frankreich (Bulard 2015) und Renzi in Italien (Gaddi 2015). Damit haben die Mitte-Links-Kräfte ein großes politisches Feld aufgegeben. Die Kräfte links der Sozialdemokratie tun sich – nicht nur in Frankreich und Italien, wo sie auf eine starke Tradition aufbauen könnten – schwer dieses Feld zu besetzen. Auch der Parti Communiste Français hat viel von seiner früher starken Verankerung in den „classes populaires“ verloren und tut sich im Umgang mit deren gewachsener Heterogenität sehr schwer (Mischi 2014). Die Mobilisierungserfolge der trotzkistischen Linken in Frankreich erwiesen sich als vorübergehend. Die italienische Linke ist stark geschwächt. Politisch ist in Italien als Hauptkraft aus der Krise das Movimento Cinque Stelle entstanden, das sich eher gegen das politische Establishment als gegen die Austeritätspolitik stellt und in seinen Positionen teils widersprüchlich ist (Bozkurt-Güngen 2014: 496 ff.). In einem Teil der Mittelmeerländer ist hingegen im Gefolge der Krise eine „neue Linke“ mit eigenen Organisationsformen im Entstehen (Prospero 2015: 5). Syriza ist als Teil dieser mediterranen Linken die Gruppierung mit der längsten Geschichte und erlangte als erste Partei aus dieser Tendenz Regierungsmacht. Damit wurde sie eine zentrale Referenz, speziell für Podemos in Spanien. In einem Interview mit der *New Left Review* von Podemos-Vorsitzenden Pablo Iglesias (2015: 28f.), das vor dem für Syriza fatalen Gipfel in Brüssel veröffentlicht wurde, unterstrich dieser, dass Podemos ähnlich wie Syriza auf die Nutzung von Widersprüchen in der Euro-Zone setze, um Änderungen in der wirtschaftspolitischen Orientierung durchsetzen zu können. Diese Strategie ist gescheitert. Syriza wurde vor die Alternative Verlassen der Euro-Zone oder Akzeptanz einer harten Austeritätspolitik gestellt. Damit stehen Podemos und ähnlich orientierte Linkskräfte vor der Notwendigkeit ihre politische Strategie, die auf Veränderungen der Euro-Zone von innen gerichtet war, grundlegend zu überdenken (Becker 2015, Sablowski 2015).

Prononcierter als in den deutschsprachigen Ländern gibt es in Frankreich eine Infragestellung der Euro-Zone und der damit verbundenen Restriktionen von links angesichts des Scheiterns einer progressiven Modifikation des europäischen Integrationsprojektes (z.B. Lordon 2014, Sapir 2012). Tatsächlich scheinen Formen der Protektion und ein Aufbrechen für alternative Modelle der Produktion im Rahmen sozial egalitärer gesellschaftspolitischer Vorstellung unerlässlich. Eine Debatte über Industriepolitik hat auf der Linken in Ansätzen wieder begonnen. Doch auch die linken Debatten und Vorschläge (z.B. Bischoff/Radke/Troost 2015) bleiben im Wettbewerbsparadigma verhaftet und haben primär Vorschläge für die Spitzenbranchen und die Regionen, die „gewinnen“. Es wären aber auch Konzepte für niedergehende Regionen und eine stärkere Integration ökologischer Fragen in industriepolitische Konzepte (letzteres eine völlige Leerstelle bei der oft technikgläubigen nationalistischen Rechten) erforderlich. Die nationalistische Rechte profitiert von der Schwäche der Linken.

Literatur

- Akçay, Ümit (2012) 2011 Krizin Gölgesinde Yeni Sanayi Politikaları Bir Not. In: *Praxis*, Nr. 27, 145–166.
- Amable, Bruno/Palombardini, Stefano (2015) The emergence of an anti-bourgeois bloc in France. Colloque international Recherche & Régulation 2015 – La théorie de la régulation à l'épreuve des crises, Paris, 10.–12. Juni.
- Ataç, Ilker (2013) *Ökonomische und politische Krisen in der Türkei. Die Neuformierung des neo-liberalen Kapitalismus*. Münster.
- Becker, Joachim (2014) Slovenia, Croatia and Serbia: Development Models, Crises, Social Protests and the Question of Alternatives. In: *METU Studies in Development*, 41(3), 259–276.
- Becker, Joachim (2015) Griechenland: Merkels Sieg – ein Pyrrhus-Sieg? Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, 15.7.2015 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org, abgerufen: 17.7.2015).
- Bischoff, Joachim/Gauthier, Elisabeth/Müller, Bernhard (2015) *Europas Rechte. Das Konzept des „modernisierten“ Rechtspopulismus*. Hamburg.
- Bischoff, Joachim/Radke, Björn/Troost, Axel (2015): *Industrie der Zukunft? Wertschöpfung zwischen De-Industrialisierung und vierter industrieller Revolution*. Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 6/2015.
- Borghi Aquilini, Claudio (2014) Basta Euro. Come uscire dall'incubo. 31 domande, 31 risposte. La verità che nessuno ti dice. Un'altra Europa è possibile. O.O. (www.bastaeuro.org/libro/, abgerufen: 21.7.2015).
- Bozkurt-Güngen, Sümercan (2014) Crisis and Search for Political Alternatives i Southern Europe: Syriza, Indignados and Five Stars Movement. In: *METU Studies in Development*, 41(3), 483–503.
- Brie, Michael (2015) Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi. Hamburg.
- Bulard, Martine (2015) Loi Macron, le choix de "toujours moins". In: *Le Monde diplomatique*, 62(733), 1, 4–5.
- Caldiron, Guido (2009) *La destra sociale da Salò a Tremonti*. Rom.
- Cuperus, René (2015) Warum die Volksparteien (fast) das Volk einbüßten – Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten. In: Hillebrand, Ernst (Hg.): *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?* Bonn, 149–158.
- Dinler, Demet Şahende (2013) *Gewerkschaften in der Türkei*. Studie der Friedrich Ebert Stiftung. Berlin.
- Ercan, Fuat/Oguz, Sebnem (2006) Rescaling as a class relationship and process: The case of public procurement law in Turkey. In: *Political Geography*, 25, 641–656.
- Ergüneş, Nuray (2012) Sanayilişme stratejisinden hareketle Türkiye'de mali disiplin üzerine değerlendirmeler. In: *İktisat dergisi*, Nr. 522, 99–106.
- FPÖ (o.J.): *Programm* (www.fopoe.eu/dokumente/programm/), abgerufen: 21.7.2015).
- Friedrich, Sebastian (2015) *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland*. Berlin.
- Gaddi, Matteo (2015) Die Situation der Arbeit in Italien. Die Veränderungen des Arbeitsmarkts im Zeitraum von 2008–2013. In: *Sozialismus*, 42(6), 49–53.
- Grifone, Pietro (1980) *Il capitale finanziario*. 3. Aufl., Turin.
- Grochal, Renata/Szpala, Iwona (2015) Tygrys nie przertzuci się na warzywa. In: *Gazeta Wyborcza*, 20./21.6., 18–19.
- Guilluy, Christophe (2014) *La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires*. Paris.
- Guilluy, Christophe (2015) Das periphere Frankreich: Soziologie und Geographie des Front National. In: Hillebrand, Ernst (Hg.): *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?* Bonn, 107–114.

- Hillebrand, Ernst (2015) Die populistische Herausforderung – Eine Einführung. In: Hillebrand, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie. Bonn, 7–11.
- Iglesias, Pablo (2015) Spain on Edge. In: *New Left Review*, Nr. 93, 23–42.
- Juhász, Attila/Krekó, Péter/Szabados, Krisztián (2015) Fidesz und der Nationalpopulismus in Ungarn. In: Hillebrand, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie. Bonn, 96–104.
- Kanzleiter, Boris (2014) Serbien: Andere Reformen sind notwendig. Rosa Luxemburg Stiftung, Nachricht, 10. Dezember 2014 (www.rosalux.de/news/40992/serbien-andere-reformen-sind-notwendig.html, abgerufen: 22.7.2015).
- Lambert, Harry (2015) Yanis Varoufakis full transcript: our battle to save Greece. *New Statesman*, 13.7. (www.newstatesman.com/print/node/228545, abgerufen: 15.7.2015).
- Linek, Lukáš/Lyons, Pat (2013) Dočasná stabilita? Volebné podpora politických stran v České republice v letech 1990–2010. Prag.
- Lordon, Frédéric (2014) La malfaçon: la monnaie européenne et souveraineté démocratique. Paris.
- Meret, Susi (2015) Die Dänische Volkspartei: Vom Steuerprotest zum Rechtspopulismus. In: Hillebrand, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? Bonn, 15–23.
- Mischi, Julian (2014) Le communisme désarmé. Le PCF et les classes populaires depuis les années 1970. Marseille.
- Morin, François (2006) Le nouveau mur de l'argent. Essai sur la finance globalisée. Paris.
- Oberndorfer, Lukas (2012) Die Renaissance des autoritären Liberalismus? Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus. In: *Prokla*, 42(3), 413–431.
- Polanyi, Karl (1990, 2. Aufl.) *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/M.
- Prospero, Michele (2015) Asse Rignano-Berlin. La sconfitta che accelera il declino del renzismo. In: *Il Manifesto*, 7.7.2015, 1, 5.
- Rohač, Dalibor (2015) Jobbik: Fašizmus 2.1. In: *Týždeň*, 3.8., 22–23.
- Sablowski, Thomas (2015) Die Etappenschlappe. In: *Junge Welt*, 18.7. (www.jungewelt.de/2015/07-18/014.php, abgerufen: 20.7.2015).
- Sapir, Jacques (2012) Faut-il sortir de l'euro? Paris.
- Şimşek, Gizem (2013) 4+4+4 Kesintli Eğitim Modeli ve Öğretmen Emekçinin Beşerî Sermaye Olarak Dönüşümü: Fark Yaratarak Genişleyen Kapitalizm. In: *Praksis*, Nr. 33, 129–152.
- Sönmez, Mustafa (2015) AK Faşizmin, İnşaat İşkelesi. Ankara.
- Tóth, András (2014) Das Ende einer Leidensgeschichte? Der Aufstieg des selektiven Wirtschafts-nationalismus in Ungarn. In: Lehndorff, Steffen (Hg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg, 209–226.
- Vilenica, Ana et al. (2015) STOP investorskom urbanizmu. Report from Belgrade Waterfront. In: *derive – Zeitschrift für Stadtforschung*, Nr. 59, 4–9.
- Villari, Lucio (1980) *L'economia della crisi. Il capitalismo dalla "grande depression" al "crollo" del '29*. Turin.
- Vossen, Koen (2015) Das Einmann-Orchester in den Niederlanden: Geert Wilders und die Partei für die Freiheit. In: Hillebrand, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? Bonn, 48–58.
- Weissenbacher, Rudy (2015): Periphere Integration und Desintegration in Europa: Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 31(4), i.E.